

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

**ENDGÜLTIG  
A6-0001/2007**

5.1.2007

## **BERICHT**

über die makroökonomischen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise  
(2006/2247(INI))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichterstatter: Manuel António dos Santos

Verfasser der Stellungnahme (\*):  
Giles Chichester, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

(\*): Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen – Artikel 47 der  
Geschäftsordnung

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG.....	13
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INTERNATIONALEN HANDEL .....	19
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE (*).....	24
VERFAHREN.....	33

(\*) Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen – Artikel 47 der Geschäftsordnung

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### zu den makroökonomischen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise (2006/2247(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf den Bericht der Kommission „Energie und Verkehr in Europa: Szenarien hoher Öl- und Gaspreise“, der im September 2006 veröffentlicht wurde,
  - unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission „Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen“ (KOM(2006)0545),
  - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Göteborg vom 15. und 16. Juni 2001 sowie der Europäischen Räte von Brüssel vom 23. und 24. März 2006 und vom 15. und 16. Juni 2006,
  - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU in Hampton Court vom 27. Oktober 2005, mit denen der Grundstein für die künftige Energiepolitik der EU gelegt wurde,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 26. Februar 2004 zur Lage der Europäischen Wirtschaft – Bericht über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik<sup>1</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 23. März 2006 zur Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union<sup>2</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 1. Juni 2006, zum Grünbuch „Energieeffizienz oder Weniger ist mehr“<sup>3</sup>, insbesondere seine Aufforderung an die Kommission und die Mitgliedstaaten, Aktionspläne zur Steigerung der Energieeffizienz vorzulegen,
  - unter Hinweis auf den „Stern-Review“: The Economics of Climate Change, veröffentlicht im Oktober 2006,
  - gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für internationalen Handel und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A6-0001/2007),
- A. in der Erwägung, dass der Ölpreisanstieg Auswirkungen auf die EU als Nettoimporteur von Öl hat und zur Abschwächung des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP), zur Abnahme von Beschäftigung und Investitionen sowie zu einer Zunahme des Inflationsdrucks und zum Anstieg der Zinsen führt,

---

<sup>1</sup> ABl. C 98 E vom 23.4.2004, S. 162.

<sup>2</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2006)0110.

<sup>3</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2006)0243.

- B. in der Erwägung, dass die bisherigen Ölpreisschocks durch größere Unterbrechungen der Ölversorgung verursacht wurden, während die derzeitige Ölpreissteigerung hauptsächlich durch einen wesentlichen Zuwachs der Ölnachfrage in Asien und den Vereinigten Staaten sowie durch die geopolitische Instabilität in den öllexportierenden Regionen bedingt ist,
  - C. in der Erwägung, dass die Unsicherheiten im Hinblick auf den Ausgleich zwischen dem Angebot von Öl und der Nachfrage nach diesem Rohstoff seinen Preis noch weiter in die Höhe getrieben und die am Markt bestehende Volatilität zusätzlich verstärkt haben,
  - D. in der Erwägung, dass niedrige Ölpreise die Weltwirtschaft über 50 Jahre lang geprägt haben und die Aussicht auf dauerhaft hohe Ölpreise bereits jetzt zu grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungen beiträgt; in der Erwägung, dass Europas Abhängigkeit von Energieimporten ohne entsprechende Gegenmaßnahmen bis zum Jahr 2030 von 50% auf 70% ansteigen wird, wobei 94% des Öls importiert werden,
  - E. in der Erwägung, dass alle Maßnahmen der EU zur Verringerung ihrer Abhängigkeit von Öleinfuhren den Klimawandel berücksichtigen müssen; in der Erwägung, dass in dem erwähnten „Stern-Review“ bekräftigt wird, dass das Energiepaket der EU ein Hauptfaktor bei der Bekämpfung des Klimawandels sein wird, und in der Erwägung, dass im „Stern-Review“ außerdem betont wird, dass sich die EU massive wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen könnte, wenn sie bei der Bekämpfung des Klimawandels die Führungsrolle übernimmt,
1. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Entwicklung des Ölpreises in den vergangenen Jahren von einer starken Volatilität und einem abrupten Preisanstieg von 12 USD pro Barrel vor dem Jahr 2000 auf 79 USD am 8. August 2006 geprägt war, wodurch die Intensität der wirtschaftlichen Erholung Europas gemindert wurde; betont, dass die jüngste Preissteigerung real gesehen den Veränderungen gleicht, die sich von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre vollzogen haben, es jedoch noch zusätzliche Umstände und Herausforderungen gibt;
  2. ist der Ansicht, dass diese Einschätzungen durch Ängste vor künftigen Ressourcenknappheiten weiter verstärkt wurden, wobei manche Analysten eine unmittelbar bevorstehende Verknappung der physischen Ressourcen vorausgesagt haben, während andere, vor allem Vertreter der Erdölindustrie, ein auf Beruhigung abzielendes Bild der Erdölreserven entwerfen; weist ferner darauf hin, dass die Einschätzungen über künftige Verknappungen die langfristigen Marktpreise beeinflussen;
  3. stellt fest, dass es zunehmend schwieriger wird, neue Erdölquellen zu erschließen, und dass jedes neue Barrel Erdöl in Bezug auf Erschließung und Produktion teurer wird; stellt ferner fest, dass umfangreiche Investitionen im Erdölsektor notwendig sind, um die Produktions- und Raffineriekapazitäten auszubauen und damit der zunehmenden Nachfrage Herr zu werden;
  4. stellt fest, dass sich die gegenwärtigen Ölpreiserhöhungen von früheren Preiserhöhungen unterscheiden, die angebotsbedingt und vorübergehend waren; in der Erwägung, dass der gegenwärtige Anstieg des Ölpreises in erster Linie auf die schnell wachsende Nachfrage z.B. in China, aber auch die hohe Nachfrage in den USA sowie auf Unsicherheiten in den Förderregionen zurückzuführen ist und fehlende Investitionen in die Infrastruktur zu Versorgungsengpässen führen, weshalb der jüngste Preisanstieg im Wesentlichen eine

dauerhafte Komponente aufweist und durch Finanzspekulationen zusätzlich verstärkt wird;

5. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Nachfrage nach Erdöl nicht nur im Energiesektor zunimmt, sondern auch in anderen Sektoren wie etwa der petrochemischen Industrie; vertritt die Auffassung, dass Erdöl nicht zur Stromerzeugung eingesetzt werden sollte;
6. nimmt zur Kenntnis, dass die Schätzungen und Meinungen bezüglich der verbleibenden Ölreserven und des Zeitpunkts, zu dem keine Steigerung der Förderkapazitäten mehr möglich sein wird, stark von einander abweichen; setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, die Transparenz der statistischen Energiedaten, insbesondere hinsichtlich der Öllagerbestände, weiter zu verbessern; unterstreicht jedoch, dass sich Europa in zunehmendem Maße der Herausforderung dauerhaft hoher und unbeständiger Ölpreise und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Folgen stellen muss und dass in jüngster Zeit entdeckten Lagerstätten kleiner und mit höheren Erschließungskosten verbunden sind, da sie zunehmend „offshore“ liegen, und die Kosten für Prospektion, Erschließung und Förderung steigen, weswegen es immer dringlicher wird, auf alternative Energieträger umzusteigen und energiesparende und erneuerbare Technologien zu entwickeln;

### ***Rezessive Auswirkungen***

7. unterstreicht die spürbaren Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die EU als Nettoimporteur von Öl, die zur Abschwächung des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP), zum Rückgang von Investitionen und Beschäftigung sowie zu einer Zunahme des Inflationsdrucks und zum Anstieg der Zinsen führen;
8. betont, dass sich die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs je nach Grad der Abhängigkeit vom Öl und den Produktionsstrukturen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterscheiden und dass die Folgen in den Ländern am stärksten empfunden werden, die in hohem Maße von Ölimporten abhängig sind, wie auf der einen Seite den Ländern der Eurozone, in denen das BIP Schätzungen zufolge um mindestens 0,5% zurückgegangen ist, und auf der anderen Seite den neuen Mitgliedstaaten, deren Volkswirtschaften von einer höheren Energieintensität geprägt sind;
9. ist beunruhigt über den zunehmenden Druck, den die höheren Energiepreise auf die Verbraucherpreise ausüben und der zu einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes in der Eurozone und der EU auf 2,3% geführt hat; weist auf den Anstieg der industriellen Erzeugerpreise in der Eurozone um 5,9% im Juli 2006 sowie den Umstand hin, dass es nach wie vor kaum zu sekundären Auswirkungen des starken Anstiegs des Ölpreises auf Löhne und Gehälter kommt, da Letztere moderat angehoben wurden; bekundet seine Besorgnis darüber, dass sich der Anstieg des Ölpreises negativ auf die Nachfrage der Haushalte auswirkt, da diesen weniger Einkommen zur Verfügung steht;
10. äußert seine Besorgnis über die sozialen Konsequenzen der steigenden Kosten für Wohnung, Heizung und Verkehr, die insbesondere die schlechter verdienenden, armen und anfälligen Gruppen der Bevölkerung treffen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Erschwinglichkeit und den Zugang zu diesen Dienstleistungen trotz des Ölpreisanstiegs zu gewährleisten, um so

Mobilität zu fördern sowie soziale Ausgrenzung und Verarmung zu vermeiden;

11. stellt fest, dass die EZB seit Dezember 2005 bereits sechsmal die Leitzinsen angehoben hat; äußert seine Sorge darüber, dass die Kreditkosten für KMU in zunehmendem Maße unberechenbar sind und es zu negativen Folgen für Investitionen und Beschäftigung in der EU kommt; bedauert, dass der von den hohen Ölpreisen ausgelöste Inflationsdruck in Kombination mit möglichen Zweitrundeneffekten eine restriktivere Geldpolitik unvermeidbar macht;
12. betont die für das Wachstum entstehenden Risiken einer Steigerung der Zinssätze im Kontext eines unbeständigen Aufschwungs und weist auf die Risiken hin, die mit der Entwicklung des Euro-Wechselkurses und des Ölpreises verbunden sind, da beide Faktoren wegen ihrer Auswirkung auf die Kaufkraft der Haushalte bei dem schwachen Wachstum im Jahr 2005 eine Rolle gespielt haben; regt zum Nachdenken darüber an, ob in der Eurozone Öl und Ölprodukte in Euro statt in Dollar angegeben werden können und welche Möglichkeiten sich daraus für die Eurozone ergeben;
13. stellt fest, dass die bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Ausgewogenheit zwischen Angebot und Nachfrage auf den Finanzmärkten zu Anreizen für neue Akteure geführt haben, z.B. in Form von Deckungsgeschäften (Hedging) oder Finanzderivaten in Verbindung mit den Preisen für Öl und andere Energieträger; weist auf die Tatsache hin, dass diese Aktivitäten einerseits in einigen Fällen möglicherweise bestimmte Entwicklungen in negativer Hinsicht verstärkt haben, andererseits jedoch dazu beitragen können, die Liquidität auf dem Markt zu erhöhen und damit die Volatilität zu senken; regt an, nach geeigneten Wegen zur transparenteren Gestaltung dieser Aktivitäten zu suchen, um so die bezüglich ihrer laufenden Entwicklung bestehenden Bedenken auszuräumen;

### ***Verkehrssektor***

14. stellt fest, dass sich die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs je nach Wirtschaftszweig beträchtlich voneinander unterscheiden, wobei der Verkehrssektor, auf den 56% des gesamten Ölverbrauchs der EU entfallen, und der Wohnungssektor am stärksten betroffen sind, während andere Branchen ihre Ölabhängigkeit durch Verbesserungen ihrer Energieeffizienz und Veränderungen des Energiemix erfolgreich verringert haben; betont, dass der Verkehrs- und der Wohnungssektor die größten Ausgabenposten der Haushalte darstellen und dass der Ölpreisanstieg die Kaufkraftunterschiede zu Ungunsten der am schlechtesten gestellten Haushalte weiter vergrößert;
15. fordert eine umfassende Strategie der Union zum allmählichen Abbau fossiler Brennstoffe im Verkehrsbereich, was zu einer allmählichen Verringerung der Abhängigkeit der Union von Erdöl und zu einem allmählichen Einsatz sauberer Energien im Verkehrswesen führen könnte;
16. vertritt die Überzeugung, dass die Kraftstoffversorgung durch eine Unterstützung der Produktion unkonventioneller Ölkraftstoffe und flüssiger Kraftstoffe auf der Grundlage von Naturgas oder Kohle ausgeweitet werden könnte, sofern dies wirtschaftlich vertretbar ist; unterstützt die Entwicklung und Produktion von alternativen Kraftstoffen wie Biokraftstoff sowie von Kraftfahrzeugen mit wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen und Hybridfahrzeugen; unterstützt ferner die Bemühungen zur Suche nach innovativen

Lösungen für die Organisation des Verkehrswesens insgesamt, einschließlich Maßnahmen zur Fahrzeugenergieeffizienz;

### ***Handelsbilanz; globale Ungleichgewichte***

17. verweist auf die negativen Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die Handelsbilanz der ölimportierenden Länder und die Umverteilung von Wohlstand hin zu den ölexportierenden Ländern, die dadurch im Kontext der globalen Ungleichgewichte und des Recyclings von Petrodollars, das bereits zu einer beträchtlichen Anhäufung von Auslandsvermögen geführt hat, zu wichtigen Akteuren werden;
18. begrüßt, dass das von den ölexportierenden Ländern betriebene Recycling von Petrodollars der Eurozone infolge positiver Auswirkungen auf Investitionen aus dem Ausland und einer steigenden Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus der Eurozone Nutzen gebracht hat, wodurch die dämpfenden Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen teilweise aufgewogen werden;

### ***Wettbewerb***

19. verweist auf die dringende Notwendigkeit, angemessene Energiepreise auf den einzelstaatlichen Energiemärkten zu gewährleisten; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Energiemärkte weiterhin national geprägt sind und von einigen wenigen privaten und öffentlichen Unternehmen dominiert werden, die häufig auch die Infrastruktur besitzen; fordert die Kommission sowie die nationalen Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden auf, den Energieversorgern besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
20. ruft dazu auf, den Energiebinnenmarkt durch Maßnahmen zur Beseitigung der bestehenden Unterschiede im Hinblick auf die Befugnisse der Regulierungsstellen, des Fehlens einer europäischen Regulierungsstelle zur Untersuchung grenzüberschreitender Fragen, des Nichtvorhandenseins eines Plans für prioritäre Verbünde sowie Maßnahmen zum Abbau von Netzvorschriften und Vorschriften für den Lastenausgleich und die Gasspeicherung zu vollenden;
21. betont, dass die Trennung der Infrastruktur von den Versorgern für das ordnungsgemäße Funktionieren der nationalen Märkte und des Binnenmarktes und als Anreiz für Investitionen in die Infrastruktur von wesentlicher Bedeutung ist;
22. stellt ferner fest, dass eine zunehmende Konzentration im Binnenmarkt die bestehenden Verzerrungen weiter vergrößern kann und dass daher eine Verbesserung der Regulierungskapazitäten der Mitgliedstaaten und der EU erforderlich ist, um die Rechte der Verbraucher und die Einhaltung der EU-Ziele im Bereich der Energieeffizienz zu gewährleisten;
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ein hohes Maß an Energieeffizienz zu einem Auswahlkriterium im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens zu machen; ist der Ansicht, dass im Zusammenhang mit der Überarbeitung der gemeinschaftlichen Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen Schritte unternommen werden sollten, um Investitionen in Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und der Energiediversifizierung noch stärker zu fördern;

## *Europa muss jetzt handeln*

24. betont, dass ohne die unverzügliche Einleitung entsprechender Gegenmaßnahmen die Abhängigkeit Europas von Energieimporten von gegenwärtig 50% bis zum Jahr 2030 auf 71% steigen wird, wovon 94% auf Ölimporte entfallen werden, wodurch die negativen Auswirkungen von Ölpreiserhöhungen und heftigen Kursschwankungen auf die europäische Wirtschaft zunehmen;
25. ersucht die Kommission, den Investitionsbedarf für die Innovation bei der Bewertung der staatlichen Beihilfen zu berücksichtigen und dafür Sorge zu tragen, dass die neuen Beihilfen keine Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben;
26. betont die Notwendigkeit umfangreicher Investitionen in die Energie- und Versorgungsinfrastruktur in den kommenden Jahren; fordert eine umfassende EU-weite Debatte über die Diversifizierung der bestehenden Energiequellen, bei der sämtliche Kosten von Energieproduktion, Speicherung, Verteilung, Transport, Verbrauch und Versorgungssicherheit sowie Sicherheits- und Abfallaspekte und deren Beitrag zum Klimawandel, insbesondere in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Emissionen, berücksichtigt werden; fordert die Kommission auf, unter Berücksichtigung dieser Parameter Folgenabschätzungen zu den verschiedenen Energiequellen und Möglichkeiten ihrer Diversifizierung auf den Weg zu bringen;
27. verweist auf seine EntschlieÙung vom 26. Februar 2004, in der bereits „die Bedeutung einer Verringerung der Abhängigkeit Europas von Erdölimporten, die politisch und unter dem Aspekt der Preisvolatilität eine schwere Belastung darstellt,“ betont wurde, „Technologieplattformen wie die europäische Partnerschaft für eine Wasserstoffwirtschaft“ begrüÙt wurden und „weitere Investitionen in die kosteneffizientesten erneuerbaren Energien, die die Instabilität der Kosten je Energieeinheit verringern, die Sicherheit der Energieversorgung steigern, die Umweltbelastung mindern und möglicherweise eine industrielle Revolution wie die IT-Industrierevolution in den USA auslösen werden, unterstützt wurden;
28. betont, dass Transformationsländer, Schwellenländer und Entwicklungsländer aufgrund der hohen Energieintensität und der niedrigen Energieeffizienz ihrer Volkswirtschaften besonders nachteilig vom Ölpreisanstieg betroffen sind, und betont die Bedeutung der Agenda der nachhaltigen Entwicklung in der Außenpolitik, der Handelspolitik und der Entwicklungspolitik der EU;
29. verweist insbesondere auf das Potenzial der viel versprechenden Märkte für erneuerbare Energien und Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz; betont die positiven Wachstums- und Beschäftigungsraten im Sektor der erneuerbaren Energien; warnt vor der Gefahr, die führende Marktstellung bei Umwelttechnologien an die USA und an hoch qualifizierte Schwellenländer zu verlieren; verweist auf die hohe Bedeutung von CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogrammen für die Energieeinsparung;
30. stellt fest, dass es nach wie vor europäische Erdölquellen gibt; vertritt die Auffassung, dass eine maximale Ausweitung der Nutzung einheimischer Quellen als wichtiges (wenn auch zeitlich befristetes) Mittel zur Behebung des Rückgangs der Erdölimporte nach Europa betrachtet werden sollte;

31. verweist auf die Notwendigkeit, die Energieinfrastruktur auf Kraft-Wärme-Kopplung und auf dezentrale Energieerzeugung auszurichten;
32. fordert die Kommission und den Rat auf, einen detaillierten Plan zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von Ölimporten und für einen Wandel in Richtung sauberer Energien auszuarbeiten; fordert die Verabschiedung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz; weist darauf hin, dass Energieeffizienz normalerweise bei weitem der billigste Weg ist, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu drosseln und die Energiesicherheit zu erhöhen;
33. begrüßt das Aktionsprogramm der Kommission zur Energieeffizienz als maßgeblichen Beitrag zur Energieeinsparung und damit zur Verringerung der Energieabhängigkeit;
34. betont die Notwendigkeit, dass in den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie im Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation<sup>1</sup> geeignete Politiken und Maßnahmen zur Energieeffizienz vorzusehen; begrüßt den im Aktionsprogramm für Energieeffizienz enthaltenen Vorschlag, durch diese Instrumente private Finanzmittel zu mobilisieren;
35. fordert einen integrierten EU-Notfallmechanismus zur Versorgungssicherung, der mit einer Aufstockung des Mindestölvorrats in der EU, der derzeit einem Verbrauch von 90 Tagen entspricht, auf 120 Tage einhergeht, und die Anlage eines Mindestgasvorrats, aus dem der Verbrauch mindestens 90 Tage gedeckt werden kann;
36. weist darauf hin, dass eine wöchentliche Veröffentlichung (auf der Grundlage öffentlicher Informationen wie in den Vereinigten Staaten) der europäischen Reserven an Erdöl und Erdölprodukten sowie der Einfuhren und Ausfuhren, und zwar nach Produktarten (Rohöl, Benzin, Diesel, Heizöl usw.), es erlauben würde, die Spannungen auf dem Weltmarkt besser zu verstehen, daraus einen sichtbaren europäischen Verbrauch abzuleiten und den reflexhaften Zugriff der Marktopérateure auf die amerikanischen Reserven abzuschwächen, was dazu beitragen würde, die Volatilität der Erdölpreise zu verringern;
37. wiederholt seine Forderung, dass multilaterale Banken und öffentliche Finanzinstitute Energieeffizienzfonds zur Finanzierung von Vorhaben zur Steigerung der Energieeffizienz einrichten; ist der Auffassung, dass Ziele der Energieeffizienz auch in andere sektorale Politiken einbezogen werden sollten, insbesondere in die Steuerpolitik, die Verkehrspolitik und die Kohäsionspolitik; glaubt, dass innovative Finanzierungssysteme und Vertragsmodelle wie Mikrokredite und Joint Ventures zwischen privaten Unternehmen und Kommunen gefördert werden sollten, um die lokalen Partner und Entscheidungsträger aktiv einzubeziehen;
38. unterstreicht die wichtige Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) bei der Förderung von Investitionen in saubere Energien; begrüßt die Bereitschaft der EIB, ihren Beitrag zu Investitionen in Infrastrukturvorhaben aufzustocken, einschließlich Energiesicherheit, erneuerbare Energiequellen und Transeuropäische Netze, und die Verdopplung des Anteils von Vorhaben zur Förderung erneuerbarer Energien von 7% auf

---

<sup>1</sup> Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

15%; betont die dringende Notwendigkeit einer Diversifizierung der Energiequellen und die Verpflichtung der EU zu einer nachhaltigen Entwicklung sowie ihre internationalen Verpflichtungen zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls; fordert die EIB auf, die Kriterien für CO<sub>2</sub>-Emissionen in ihre Auswahlkriterien aufzunehmen und bei Vorhaben in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz noch ehrgeizigere Ziele zu verfolgen;

### ***Besteuerung***

39. weist auf die gestiegenen Energiesteuereinnahmen hin, zu denen es infolge der jüngsten Ölpreiserhöhungen gekommen ist; unterstreicht die Bedeutung angemessener fiskalpolitischer Maßnahmen, darunter auch im Wohnungssektor, als Mittel zur Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, um den Klimawandel anzugehen und Anreize für eine Ausweitung von Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltfreundliche Produkte zu schaffen; betont, dass bei den Steuersystemen ebenfalls nach dem Verursacherprinzip verfahren werden sollte;

40. betont, dass 56% des gesamten Ölverbrauchs in der EU auf den Verkehrssektor entfallen und dieser deshalb am stärksten vom Ölpreisanstieg betroffen ist; fordert eine Rahmenrichtlinie zur Steigerung der Energieeffizienz im Verkehrssektor; ruft zur Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen für Personenkraftwagen auf, einschließlich einer europaweit harmonisierten Besteuerung von Fahrzeugen auf der Grundlage des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, Zertifizierungs- und Kennzeichnungsverfahren sowie steuerlichen Anreizen zur Diversifizierung der Energiequellen; fordert eine umfassende Strategie zur stufenweisen Reduzierung des Einsatzes von fossilen Energieträgern im Verkehrssektor und zur Förderung des Marktanteils von Fahrzeugen mit niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie des Einsatzes modernster Technologien bei Fahrzeugen, die mit Biokraftstoffen und/oder Biowasserstoff betrieben werden; betont, dass die Einführung von Biokraftstoffen nicht dazu führen darf, die Automobilindustrie aus ihrer Pflicht zu entlassen, sparsamere und schadstoffärmere Fahrzeuge zu produzieren;

## *Gemeinsame Energiepolitik: Energiediplomatie*

41. begrüßt den Dialog und die Zusammenarbeit der EU mit den ölexportierenden Ländern mit dem Ziel, Unsicherheiten bei Nachfrage und Versorgung zu verringern, auf beiden Seiten Investitionen sowie Entscheidungen über das wirtschaftspolitische Vorgehen und die Diversifizierung der Energiequellen zu erleichtern und ein Klima des Vertrauens und der Zuverlässigkeit zu schaffen;
42. stellt fest, dass die Energiepolitik, insbesondere die Sicherheit der Energieversorgung, ein integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen-, Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik werden muss, und fordert eine gemeinsame Strategie zur Sicherung und Diversifizierung der Versorgungsquellen und Transitwege, wobei die Solidarität innerhalb der EU zu gewährleisten ist; schlägt vor, die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit den ölfördernden Regionen zu nutzen, um einen stabilen und dennoch offenen Regulierungsrahmen in den Lieferländern zu errichten und so Investitionen in Förder- und Transportinfrastrukturen anzuregen und die Versorgung langfristig zu sichern;
43. betont die Notwendigkeit, in die neue Energiediplomatie der EU einen konstruktiven Dialog mit den ölexportierenden Staaten und Transitländern sowie allen großen Energiekonsumenten, insbesondere den Schwellen- und Entwicklungsländern, über Fragen im Zusammenhang mit Energieeffizienz und Energieeinsparungen einzubeziehen, damit Mindeststandards für die Energieeffizienz von weltweit angebotenen Waren aufgestellt, die Solidarität in der Energiepolitik ausgebaut und der Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel intensiviert wird;
44. verweist auf die maßgebliche Bedeutung der Gewährleistung von Sicherheit und Nachhaltigkeit bei der Energieversorgung der EU; betont die doppelte Rolle, die eine angemessene Marktregulierung und die Energiediplomatie im Hinblick auf die Schaffung eines stabilen Rahmens für die Energieversorgung spielen sollten;
45. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen des Erreichens des Ölfördermaximums (Peak Oil) auf die Bürger der EU zu prüfen, einschließlich der Analyse von Politikvorschlägen, wie z. B. ein „Oil Depletion“-Protokoll, die beim Übergang zum Verzicht auf fossile Brennstoffe helfen würden;
46. begrüßt die Rolle des EU-Systems für den Emissionshandel im Hinblick auf die Schaffung von Anreizen zur Verringerung des Energieverbrauchs; fordert, dass diese Regelung auf den Flugverkehr ausgeweitet wird; fordert, dass sich die Kommission an der Einführung eines weltweiten Systems für den Emissionshandel beteiligt;
47. erkennt an, dass anhaltend höhere Energiepreise Druck auf die Produktionsprozesse ausüben werden, die von Rohstoffen aus einer Vielfalt von geografisch weit entfernten Regionen abhängig sind; fordert die Kommission auf, eine eingehende Analyse der Auswirkungen höherer Energiepreise und des Erreichens des Ölfördermaximums (Peak Oil) auf die Handelsströme als Teil ihrer Arbeiten in den Bereichen Handel und Wettbewerbsfähigkeit zu liefern;
48. unterstreicht die Bedeutung der Förderung eines gut funktionierenden Weltmarktes für Erdöl und Gas insbesondere mit Hilfe von Regeln und Leitlinien der WTO; ist der Auffassung, dass ein solcher Ansatz es gestatten würde, einen wichtigen Beitrag zur

Energieeffizienz und damit zur Bremsung des Preisdrucks bei Energie zu leisten;

49. unterstreicht die Notwendigkeit einer aktiveren Einbeziehung der Welthandelsorganisation in die Energiepolitik und das Erfordernis, auf eine Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsländern der Organisation erdölexportierender Länder mit Blick auf die Eindämmung des Anstiegs der Energiepreise hinzuwirken;

50. fordert, dass der Verwirklichung eines wirklichen Energiemarktes für Europa und den Mittelmeerraum eine zentrale Rolle eingeräumt wird; nimmt mit Interesse den von der Kommission anlässlich des Forums zur Energieaußenpolitik am 20. und 21. November 2006 bekundeten Wunsch zur Kenntnis, wonach Nordafrika und der Nahe Osten in ihrer Energieaußenpolitik eine wichtige Rolle einnehmen, und hofft, dass auf diese Erklärungen konkrete Maßnahmen folgen werden;

o

o o

51. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

## BEGRÜNDUNG

„Der Bundesstaat Kalifornien hat die sechs größten Automobilhersteller der Welt verklagt und fordert, dass diese für die Umweltschäden haften, die durch die Emissionen ihrer Fahrzeuge verursacht werden.“

US-Präsident George Bush möchte „dabei helfen, Amerikas Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen zu beenden und bis 2025 über 75% der Ölimporte aus dem Mittleren Osten durch neue Technologien zu ersetzen, mit denen sauberere, preiswertere und verlässlichere Energiequellen entwickelt werden.“

Auch wenn diese Nachricht eher nach Fiktion klingt, entspricht sie doch den Tatsachen. Was ist aber geschehen?

Während sich der Rohölpreis vor dem Jahr 2000 auf einem Tiefstand befand und zwischen 10 und 12 USD pro Barrel schwankte, ist er in den vergangenen sechs Jahren empor geschneilt und erreichte im August 2006 79 USD. Obwohl sich die Lage seitdem entspannt hat, gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Preisanstieg beendet ist.

Bei einem Preis pro Barrel von 50 Euro (60 USD) gibt die EU jährlich 250 Milliarden Euro für Ölimporte aus (2,3% des BIP). Wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, müssen bis zum Jahr 2030 70% anstelle der gegenwärtigen 50% der europäischen Energie importiert werden, wobei der Anteil von Importöl bei 94% liegen wird. Bei diesem Abhängigkeitsgrad würde jede Preissteigerung um 10 Euro pro Barrel bedeuten, dass jährlich 40 Milliarden Euro zusätzlich für diese Importe ausgegeben werden müssen.

Unterschiede zu Preisschocks in der Vergangenheit:

Während die drei vergangenen Preisschocks in erster Linie auf schwere Störungen der Öllieferungen zurückzuführen waren, ist der gegenwärtige Preisschock Folge der stark wachsenden Nachfrage nach Öl wegen des immensen Wachstums in Asien, aber auch einer wachsenden Nachfrage nach Öl in den USA. Auf Asien und Amerika entfielen beinahe 70% der gestiegenen weltweiten Nachfrage nach Erdöl, allein auf China etwa 30%.

Ein weiterer Grund für den Preisanstieg ist die Häufung von Risiken, wie beispielsweise:

- Sabotageakte im Irak und in Nigeria sowie Bedrohungen für die Ölinfrastruktur in weiteren Förderländern des Mittleren Ostens
- Lieferprobleme aufgrund von Hurrikans, wie Katerina in den USA
- die Einstellung der Förderung auf den größten Ölfeldern der USA wegen Korrosion der Pipelines

Sind weitere Steigerungen der Fördermenge möglich?

Zahlreiche Wissenschaftler und Umweltorganisationen warnen davor, dass keine Steigerungen des Fördervolumens mehr möglich sind bzw. dieser Moment unmittelbar bevorsteht.

Ölunternehmen versichern hingegen, dass noch umfassende Reserven bestehen.

Die konventionellen Erdölreserven befinden sich jedoch meist in politisch sehr instabilen Regionen, und bei nichtkonventionellen Erdölreserven, zu deren Förderung Untertageabbau, tiefere Bohrungen bzw. Offshore-Förderungen notwendig sind, besteht die Notwendigkeit umfassender Investitionen, weshalb sich die Förderung kostenintensiver gestaltet. Der Berichterstatter kommt zu dem Schluss, dass Steigerungen des Fördervolumens möglicherweise zwar auch weiterhin möglich sind, die Zeiten, in denen preiswertes Öl gefördert wurde, jedoch vorüber sind.

Auch wenn der Ölpreis in jüngster Zeit wieder gesunken ist, muss in Anbetracht dieser Entwicklungen damit gerechnet werden, dass der Ölpreis auch künftig großen Schwankungen unterliegen und weiter steigen wird. Das Problem der wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen muss vor diesem Hintergrund analysiert werden.

## I. WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN

- Wachstum

Wegen der unterschiedlich starken Abhängigkeit vom Öl und der verschiedenen Produktionsstrukturen können sich die Auswirkungen je nach Mitgliedstaat unterscheiden. Die Folgen sind in jenen Ländern am gravierendsten, die sehr stark auf Ölimporte angewiesen sind, oder in „energieintensiveren“ Ländern, in denen Energie weniger effizient genutzt wird.

Die Staaten der Eurozone sind wegen ihrer starken Abhängigkeit von Ölimporten besonders betroffen. Es ist davon auszugehen, dass diese Staaten kurzfristig die größten Einbußen hinnehmen. Schätzungen zufolge ist das BIP um mindestens 0.5% gesunken.

Auch die neuen Mitgliedstaaten der EU müssen mit negativen Auswirkungen rechnen, da ihre Volkswirtschaften von hoher Energieintensität geprägt sind.

Neben dem Preisniveau wirken sich auch die Unsicherheiten bezüglich des künftigen Preises und die ständigen starken Schwankungen des Ölpreises negativ aus.

Andererseits führen Ölpreissteigerungen zu einer Anhäufung von Petrodollars in den öllexportierenden Ländern, die in langfristige Finanzanlagen reinvestiert werden, was wiederum zu niedrigen langfristigen Zinssätzen und damit mehr Wachstum beiträgt. Öllexportierende Länder gehen verstärkt dazu über, ihre zusätzlichen Einkünfte aus dem Ölgeschäft in auf Euro lautende Anlagen zu investieren und mehr Waren und Dienstleistungen aus der Eurozone nachzufragen.

- Inflation

Ölpreiserhöhungen können sich mittelbar und über Zweitrundeneffekte auf die Inflation auswirken.

Direkte Auswirkungen sind die unmittelbaren Folgen für die Energieverbraucherpreise. Die Energiekomponente des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) macht rund 8.6% des HVPI-Warenkorbs aus und ist für knapp einen Prozentpunkt der Headline-Inflation in der Eurozone verantwortlich.

Zweitrundeneffekte beziehen sich auf die Möglichkeit, dass ein Ölschock zusätzlich zu seinen unmittelbaren Auswirkungen die Inflation beeinflussen kann, wenn er Folgen für Tarifverhandlungen und das Preisfestlegungsverhalten hat.

In der Eurozone insgesamt sind gegenwärtig keine Anzeichen für einen Anstieg der Lohninflation erkennbar, die Lohninflation zeigt sogar seit Beginn dieses Jahres eine nach unten gerichtete Tendenz.

Dies deutet auf ein Nachfrageproblem in der Eurozone hin, das sich durch einen Rückgang des verfügbaren Einkommens aufgrund der Preiserhöhungen bei Öl und anderen Energieträgern sowie einsetzende Preissteigerungen für Industriewaren und im Verkehrssektor verschärft.

Bei der Preisfestlegung lässt sich ein markanter Anstieg bei den industriellen Erzeugerpreisen feststellen (Eurozone: 5,9% in Juli 2006). Dies ist ein Anzeichen dafür, dass die Unternehmen ihre Gewinneinbußen an die Verbraucher weitergeben.

Heftige Kursschwankungen und gesunkene Wachstumsaussichten erweisen sich als Investitionshemmnisse. Vertreter von KMU haben ihre Besorgnis darüber geäußert, dass die EZB seit Dezember 2005 die Leitzinsen bereits fünf Mal angehoben hat und weitere Erhöhungen dazu führen werden, dass die Kosten von Darlehen für KMU unberechenbar werden und die Investitionen weiter zurückgehen.

- Gleichgewicht zwischen Handel und Wechselkursen

Anhebungen des Ölpreises verändern auch die Handelsbilanz zwischen den einzelnen Staaten. Bei Nettoimporteuren von Öl verschlechtert sich gewöhnlich die Zahlungsbilanz, was die Wechselkurse nach unten drückt. Es wird erwartet, dass ohne einen Kurswechsel bei der Geldpolitik der Zentralbank und der Regierungen der Dollarkurs steigen könnte, wenn die Nachfrage der Ölförderländer nach auf Dollar lautenden internationalen Reserveanlagen wächst.

Ein höher bewerteter Dollar könnte auch positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Handels der EU haben. Andererseits wurden seit dem Wertverlust des Dollar gegenüber dem Euro die Auswirkungen der jüngsten Ölpreiserhöhungen in der Eurozone abgeschwächt. Jegliche Wertveränderung des Dollars würde sich signifikant auf die Folgen auswirken, die höhere nominale Ölpreise für die europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft haben.

Außerdem führt der Ölpreisanstieg zu einer Umverteilung von Wohlstand hin zu den ölexportierenden Ländern, die dadurch im Kontext der globalen Ungleichgewichte und des Recyclings von Petrodollars, das bereits zu einer beträchtlichen Anhäufung von Auslandsanlagen geführt hat, zu wichtigen Akteuren werden. Durch die Zunahme der Exporte europäischer Waren und Dienstleistungen in ölexportierende Länder konnten die negativen Folgen des Ölpreisanstiegs abgeschwächt werden.

- Wettbewerb

Die Energiemärkte der Mitgliedstaaten müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, damit insbesondere die Preise sinken können. Die Energiemärkte werden von einigen wenigen privaten oder öffentlichen nationalen Unternehmen beherrscht. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen zahlreiche Unterschiede, die die Entwicklung wirklich wettbewerbsfähiger europäischer Märkte verhindern.

## II. EUROPA MUSS ENDLICH HANDELN

Wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wird die Abhängigkeit Europas von Energieimporten von gegenwärtig 50% bis zum Jahr 2030 auf 71% ansteigen, wovon 94% auf Ölimporte entfallen, wodurch die negativen Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen und der heftigen Kursschwankungen auf die europäische Wirtschaft zunehmen.

Obwohl die direkten wirtschaftlichen Folgen negativ sind, eröffnet die jüngste Entwicklung bei den Ölpreisen nicht zuletzt deshalb auch Chancen und Möglichkeiten, weil sie dazu beiträgt, im Energiebereich eine Wende zu vollziehen und die Nutzung fossiler Brennstoffe stufenweise zu reduzieren, was bislang durch die begrenzten Umweltschutzmaßnahmen nicht erreicht werden konnte.

Die Energiekrise verdeutlicht das Potenzial des viel versprechenden Marktes für erneuerbare Energien und Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz in den Schwellen- und Entwicklungsländern sowie die positiven Wachstums- und Beschäftigungsraten im Sektor für erneuerbare Energien. Europa muss endlich seine Chancen wahrnehmen und alles daran setzen, seine führende Marktstellung bei Umwelttechnologien nicht an die USA zu verlieren.

- Substitutionsmöglichkeiten für erneuerbare Energien

Nach Einschätzungen der Kommission sind in den nächsten 20 Jahren rund eine Billion Euro notwendig, um die erwartete Energienachfrage zu decken und die alternde Infrastruktur zu ersetzen. Diese Investitionen können in den kommenden 20 Jahren für die traditionellen Energiequellen und die Ausbeutung der letzten Ölreserven bestimmt oder aber in eine neue Richtung gelenkt werden.

## III. VORSCHLÄGE DES BERICHTERSTATTERS

1. Es sollte eine EU-weite Debatte über die verschiedenen Energiequellen eingeleitet werden, bei der sämtliche Kosten von Energieproduktion, Speicherung, Verteilung, Transport, Verbrauch und Versorgungssicherheit sowie Sicherheits- und Abfallaspekte und deren Beitrag zum Klimawandel, insbesondere in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Emissionen, berücksichtigt werden.
2. Die Kommission sollte entsprechend diesen Parametern umgehend Folgenabschätzungen zu den verschiedenen Energiequellen und Möglichkeiten ihrer Diversifizierung auf den Weg bringen.
3. Die Kommission sollte einen detaillierten Plan zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von Ölimporten vorschlagen, Möglichkeiten für einen Wandel in Richtung

sauberer Energien aufzeigen und umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz einleiten.

4. Multilaterale Banken und öffentliche Finanzinstitute sollten Energieeffizienzfonds zur Finanzierung von Vorhaben zur Steigerung der Energieeffizienz einrichten.
5. Ziele der Energieeffizienz sollten auch in andere sektorale Politiken einbezogen werden, insbesondere in die Steuerpolitik, die Verkehrspolitik und die Kohäsionspolitik. Innovative Finanzierungssysteme und Vertragsmodelle wie Mikrokredite und Joint Ventures zwischen privaten Unternehmen und Kommunen müssen vorgeschlagen werden, um die lokalen Partner und Entscheidungsträger aktiv einzubeziehen.
6. Die EIB sollte ihre Bemühungen in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieversorgung intensivieren; angesichts der dringenden Notwendigkeit einer Diversifizierung der Energiequellen und der Verpflichtung der EU zu einer nachhaltigen Entwicklung sowie der internationalen Verpflichtungen der EU zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls sollte die EIB die Kriterien für CO<sub>2</sub>-Emissionen in ihre Auswahlkriterien aufnehmen und bei Vorhaben in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz noch ehrgeizigere Ziele verfolgen.
7. Durch geeignete fiskalpolitische Maßnahmen sollten Anreize zur Aufstockung von Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltfreundliche Produkte geschaffen und dafür Sorge getragen werden, dass diese eine bevorzugte Behandlung erfahren.
8. In die Steuersysteme sollte auch das Verursacherprinzip einbezogen werden.
9. Da 56% des gesamten Ölverbrauchs in der EU auf den Verkehrssektor entfallen und dieser deshalb am stärksten vom Ölpreisanstieg betroffen ist, sollte eine Rahmenrichtlinie zur Steigerung der Energieeffizienz im Verkehrssektor angenommen und umgesetzt werden.
10. Die Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen für Personenkraftwagen, insbesondere eine EU-weit harmonisierte Besteuerung von Fahrzeugen auf der Grundlage des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einschließlich Zertifizierungs- und Kennzeichnungsverfahren sowie steuerlicher Anreize zur Diversifizierung der Energiequellen, sollte vorangetrieben werden.
11. Eine umfassende Strategie zur stufenweisen Reduzierung des Einsatzes von fossilen Brennstoffen im Verkehrssektor und zur Steigerung des Marktanteils von Fahrzeugen mit niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie zur Förderung des Einsatzes der modernsten Technologien bei Fahrzeugen, die mit Biokraftstoffen und/oder Biowasserstoff betrieben werden, ist dringend notwendig.

#### IV. ENERGIEDIALOG UND DIPLOMATIE

Außerdem könnte angesichts steigender Ölpreise die Einbeziehung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung in sämtliche Politikbereiche der EU, einschließlich ihrer Handels-

und Entwicklungspolitik, der europäischen Industrie und Innovationen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sowie energieeffizienter Technologien und Erzeugnisse zu einem Schub nach vorne verhelfen und in Zukunft zum Motor für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa und der Welt werden.

Abschließend weist der Berichterstatter darauf hin, dass er den Dialog und die Zusammenarbeit der EU mit den ölexportierenden Ländern begrüßt. Dies ist von grundlegender Bedeutung, um Unsicherheiten bei Nachfrage und Versorgung zu reduzieren und auf beiden Seiten Investitionen und Entscheidungen über das wirtschaftspolitische Vorgehen und die Energiediversifizierung zu erleichtern und ein Klima von Vertrauen und Verlässlichkeit zu schaffen.

## 12. Die Energiepolitik muss mit der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik verzahnt werden

Der Berichterstatter vertritt die Auffassung, dass die neue Energiediplomatie der EU darauf abzielen muss, mit ölexportierenden Ländern, Transitländern sowie allen großen Energiekonsumenten, insbesondere den Schwellen- und Entwicklungsländern, einen konstruktiven Dialog über Energieversorgungssicherheit, Energieeffizienz und Energieeinsparung in Gang zu setzen, damit die Solidarität im Bereich der Energiepolitik gestärkt wird.

- Solidarität innerhalb der EU
- Solidarität mit den Entwicklungsländern
- Solidarität mit allen, die gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel ankämpfen.

Außerdem könnte angesichts des Anstiegs des Ölpreises die Einbeziehung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung in sämtliche Politikbereiche der EU, einschließlich ihrer Handels- und Entwicklungspolitik, der europäischen Industrie und Innovationen auf dem Gebiet erneuerbarer Energien sowie energieeffizienter Technologien und Erzeugnissen zu einem Schub nach vorne verhelfen und zum Motor für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa und weltweit werden. So kann die Zukunft gestaltet werden.

18.12.2006

## **STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INTERNATIONALEN HANDEL**

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zu den makroökonomischen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise  
(2006/2247(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Godelieve Quisthoudt-Rowohl

### **VORSCHLÄGE**

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. verweist darauf, dass der Wettbewerb auf den weltweiten Öl- und Gasmärkten zunimmt, insbesondere aufgrund der wachsenden Nachfrage aus wichtigen Schwellenländern; fordert die Kommission auf, der Herbeiführung einer größeren Versorgungssicherheit eine hohe Priorität einzuräumen; unterstreicht die sich gegenseitig stützenden Funktionen, die eine angemessene Marktregulierung und eine Energiediplomatie für die Schaffung eines stabilen Rahmens für die Energieversorgung spielen sollten; unterstreicht die Bedeutung einer Diversifizierung von Versorgungsquellen, Lieferanten und Transitrouten sowie der Förderung der Selbstversorgung der EU mit Energie;
2. begrüßt den Aktionsplan der Kommission zur Förderung der Energieeffizienz als Schlüsselbeitrag zur Energieeinsparung und damit zur Verringerung der Energieabhängigkeit;
3. betont, dass höhere Energiepreise in Zukunft in dem Maße eine Dauererscheinung sein werden, wie die Welt den Punkt des Ölfördermaximums (Peak Oil) erreicht; weist darauf hin, dass danach bei den Öllieferungen der unvermeidbare langfristige Rückgang eintreten wird;
4. glaubt, dass das Erreichen des Ölfördermaximums (Peak Oil) weit reichende Folgen für die internationalen Handelsströme haben wird, da es immer weniger wirtschaftlich wird, sich auf Güter zu verlassen, bei denen eine Beförderung über große Entfernungen hinweg – insbesondere auf dem Luftwege – erforderlich ist;
5. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen des

Erreichens des Ölfördermaximums (Peak Oil) auf die Bürger der EU zu untersuchen, einschließlich der Analyse von Vorschlägen (z. B. ein „Oil Depletion“-Protokoll – Rimini-Protokoll), die beim Übergang zu einer Zukunft ohne fossile Brennstoffe helfen würden;

6. begrüßt die Absicht der Kommission, die bilaterale und multilaterale Handelspolitik zur Förderung des Einsatzes energieeffizienter Technologien mit Blick auf die Senkung der Zunahme der weltweiten Energienachfrage zu nutzen, und glaubt, dass ein weltweites System für den Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten ebenfalls zu diesem Ziel beitragen würde wie auch Maßnahmen mit dem Ziel, weitere Anreize für einen effizienten Einsatz von Kraftstoff im Flugverkehr zu liefern;
7. macht darauf aufmerksam, dass Öl nicht nur für den Verkehr, sondern auch für die größten Teil des produzierenden Gewerbes wichtig ist; ist deshalb der Auffassung, dass auf jeder Stufe der Produktionskette alle möglichen Schritte unternommen werden sollten, um die möglichst effiziente Nutzung von fossilen Brennstoffen zu gewährleisten und damit die Umweltauswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren und den Druck auf knappe Ressourcen zu mildern;
8. fordert die Mitgliedstaaten der EU auf, eine gemeinsame Strategie für den Energiesektor festzulegen, um zur Verwirklichung eines stabilen und soliden Weltenergiemarktes beizutragen und die bestmöglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass den Besorgnis erregenden Entwicklungen bei den Methoden der weltweiten Energieversorgung ein Ende bereitet wird;
9. unterstreicht, dass das Kyoto-Protokoll keineswegs die wirtschaftliche Entwicklung behindert, sondern dem Erfordernis einer Änderung bei den Investitionsstrategien vorgreift, die der Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe unvermeidbar machen wird; verweist darauf, dass das Protokoll im Übrigen einen internationalen Rahmen bietet, innerhalb dessen der Austausch von neuen Produktionsmethoden, neuen Technologien und optimalen Praktiken, insbesondere in den Schwellenländern und in den Entwicklungsländern, gefördert werden müsste;
10. unterstreicht, dass die Volkswirtschaften von Schwellen- und Entwicklungsländern aufgrund ihrer hohen Energieintensität und ihrer geringen Energieeffizienz in besonderem Maße die nachteiligen Folgen des Ölpreisanstiegs erfahren, und unterstreicht die Bedeutung der Agenda für nachhaltige Entwicklung in der Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik der EU;
11. ist der Auffassung, dass energieeffiziente und umweltfreundliche Technologien europäischen Unternehmen einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil bieten können; unterstreicht, dass zur Wahrung dieses Vorteils angemessene Mittel in Forschung und Entwicklung investiert werden müssen, während gleichzeitig in internationalen Foren europäische Standards gefördert werden müssen; fordert die Kommission auf, das Bewusstsein der Handelspartner für diese Chancen eines gegenseitigen Nutzens zu fördern;
12. unterstreicht die Notwendigkeit einer Politik zur Steigerung der Energieeffizienz und von Maßnahmen, die im Rahmen der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds sowie des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation korrekt angegangen werden

müssen; begrüßt den im Aktionsplan zur Förderung der Energieeffizienz enthaltenen Vorschlag, mit Hilfe dieser Instrumente eine Hebelwirkung im Hinblick auf eine private Finanzierung zu erzielen;

13. begrüßt die Rolle des EU-Systems für den Emissionshandel im Hinblick auf die Schaffung von Anreizen zur Verringerung des Energieverbrauchs; fordert, dass diese Regelung auf den Flugverkehr ausgeweitet wird; fordert, dass sich die Kommission an der Einführung eines weltweiten Systems für den Emissionshandel beteiligt;
14. erkennt an, dass anhaltend höhere Energiepreise Druck auf die Produktionsprozesse ausüben werden, die von Rohstoffen aus einer Vielfalt von geografisch weit entfernten Regionen abhängig sind; fordert die Kommission auf, eine eingehende Analyse der Auswirkungen höherer Energiepreise und des Erreichens des Ölfördermaximums (Peak Oil) auf die Handelsströme als Teil ihrer Arbeiten in den Bereichen Handel und Wettbewerbsfähigkeit zu liefern;
15. betont, dass der unkontrollierte Anstieg der Energiepreise die weniger begüterten Bevölkerungsgruppen trifft, die Einkommen der Haushalte destabilisiert und den sozialen Zusammenhalt insbesondere in den Ländern mit spezifischen geografischen, regionalen oder klimatischen Merkmalen – wie Berggebiete und Inseln – untergräbt;
16. unterstreicht die Bedeutung der Förderung eines gut funktionierenden Weltmarktes für Erdöl und Gas insbesondere mit Hilfe von Regeln und Leitlinien der WTO; ist der Auffassung, dass ein solcher Ansatz es gestatten würde, einen wichtigen Beitrag zur Energieeffizienz und damit zur Bremsung des Preisdrucks bei Energie zu leisten;
17. ist besorgt über die laufenden Verhandlungen über die Liberalisierung von Energiedienstleistungen im Rahmen des GATS, bei denen um einer größeren Energiesicherheit Willen der Versuch unternommen wird, das Recht der Regierungen einzuschränken, eine Regulierung vorzunehmen und Prioritäten wie die Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten und die Verlagerung auf nachhaltige Quellen zu verfolgen; ist davon überzeugt, dass eine demokratische Kontrolle über die Energiepolitik zu einem weltweiten Imperativ für den Umgang mit bisher nicht dagewesenen Bedrohungen für die Sicherheit, die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt geworden ist; fordert die Kommission deshalb auf, davon abzusehen, an andere Länder Forderungen und Angebote mit Blick auf die Liberalisierung von Energiedienstleistungen zu richten;
18. unterstreicht die Notwendigkeit einer aktiveren Einbeziehung der Welthandelsorganisation in Energiefragen und das Erfordernis, auf eine Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsländern der Organisation ölexportierender Länder mit Blick auf die Eindämmung des Anstiegs der Energiepreise hinzuwirken;
19. betont, dass die Sicherheit der Energieversorgung zu einem integralen Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden muss; unterstreicht die Bedeutung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie und fordert die Kommission auf, die energiepolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auszubauen;

20. fordert, dass der Verwirklichung eines wirklichen Energiemarktes für Europa und den Mittelmeerraum eine zentrale Rolle eingeräumt wird; nimmt mit Interesse den von der Kommission anlässlich des Forums zur Energieaußenpolitik am 20. und 21. November 2006 bekundeten Wunsch zur Kenntnis, dass Nordafrika und der Nahe Osten in ihrer Energieaußenpolitik eine wichtige Rolle einnehmen, und hofft, dass auf diese Erklärungen konkrete Maßnahmen folgen;
21. ist der Auffassung, dass eine Initiative der Europäischen Union zur Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Vorbeugung von Wuchergeschäften an den Erdölbörsen nützlich wäre;
22. unterstreicht die Notwendigkeit, in Abkommen der Europäischen Union mit energieerzeugenden Drittländern Vorschriften über Maßnahmen aufzunehmen, mit denen der exzessive und ungerechtfertigte Anstieg der Preise bei Energierohstoffen unter Kontrolle gebracht wird.

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Makroökonomische Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise
<b>Verfahrensnummer</b>	2006/2247(INI)
<b>Federführender Ausschuss</b>	ECON
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	INTA 26.10.2006
<b>Verfasser(in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Godelieve Quisthoudt-Rowohl 12.9.2006
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	22.11.2006
<b>Datum der Annahme</b>	18.12.2006
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 15 -: 0 0: 8
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Kader Arif, Jean-Pierre Audy, Enrique Barón Crespo, Daniel Caspary, Françoise Castex, Christofer Fjellner, Alain Lipietz, Caroline Lucas, Erika Mann, Helmuth Markov, David Martin, Georgios Papastamkos, Tokia Saïfi, Robert Sturdy, Gianluca Susta, Johan Van Hecke, Zbigniew Zaleski
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Panagiotis Beglitis, Harlem Désir, Elisa Ferreira, Małgorzata Handzlik, Jens Holm, Jörg Leichtfried

12.12.2006

## **STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE (\*)**

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreisanstiegs  
(2006/2247(INI))

Verfasser der Stellungnahme: (\*): Giles Chichester

(\*) Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen – gemäß Artikel 47 der Geschäftsordnung

### **VORSCHLÄGE**

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. stellt fest, dass die Erdölpreise zwischen 2001 und 2006 um über 370% angestiegen sind, und zwar nicht aufgrund einer Erdölknappheit, sondern aufgrund einer wachsenden Unsicherheit über zu erwartende Versorgungsrisiken aufgrund erheblicher geopolitischer Spannungen, der Möglichkeit von Terroranschlägen und natürlichen Katastrophen in Erdöl fördernden Regionen sowie aufgrund steigender Nachfragen aus Entwicklungsländern wie China und Indien; stellt ferner fest, dass der tägliche Rohölverbrauch im Jahre 2006 weltweit auf etwa 85 Mio. Barrel gestiegen ist, dass die weltweite Reserveförderungs-kapazität bei lediglich etwa 1,5 Mio. Barrel pro Tag liegt, wobei sich diese Kapazität nahezu vollständig auf Saudi Arabien bezieht, und dass an den Märkten die Besorgnis vorherrschte, dass die Reserveförderungs-kapazitäten nicht ausreichen würden und nicht angemessen wären, um mögliche Versorgungsengpässe und geopolitische Risiken abzudecken;
2. ist der Ansicht, dass diese Einschätzungen durch Ängste vor künftigen Ressourcenknappheiten weiter verstärkt wurden, wobei manche Analysten eine unmittelbar bevorstehende Verknappung der physischen Ressourcen vorausgesagt haben,

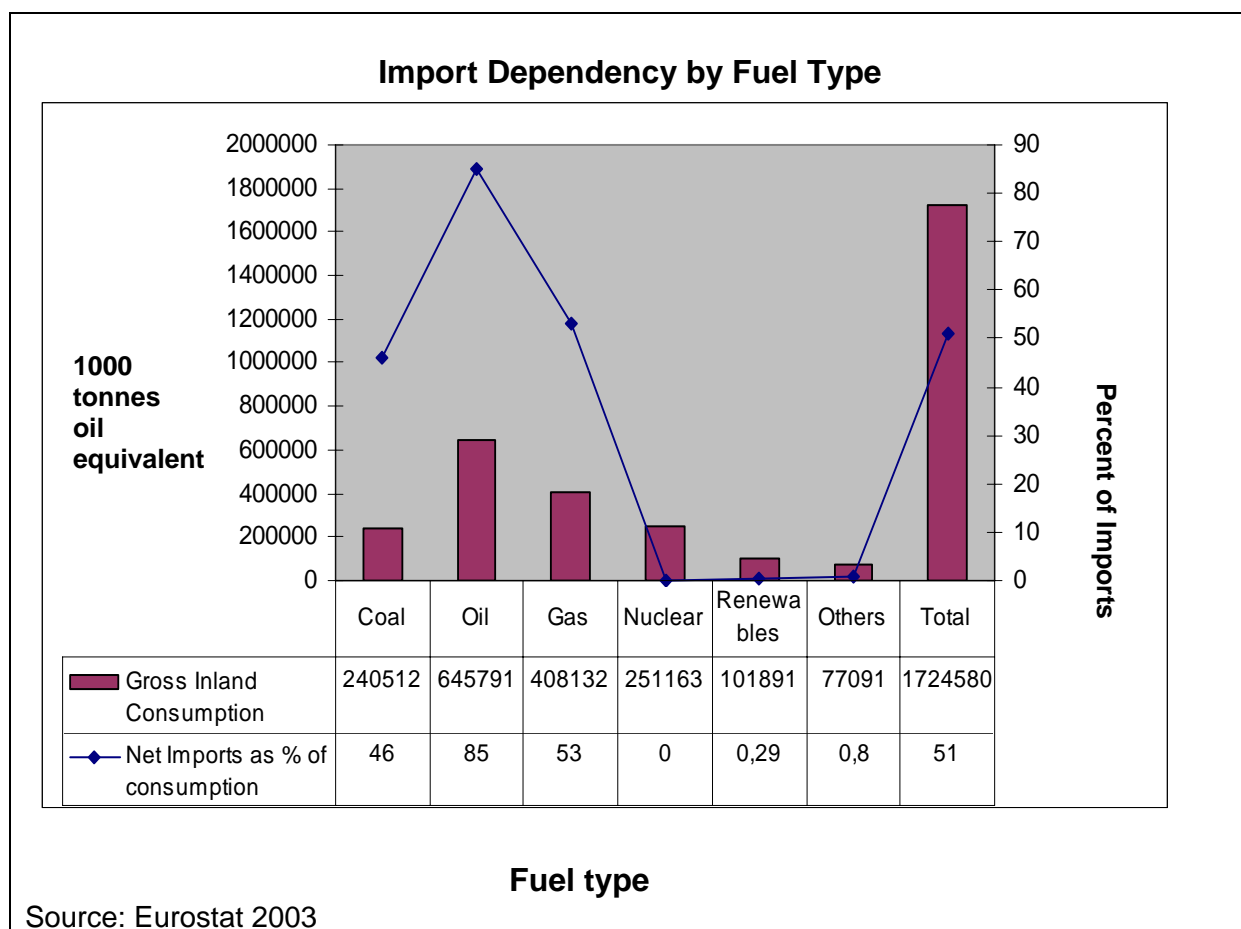
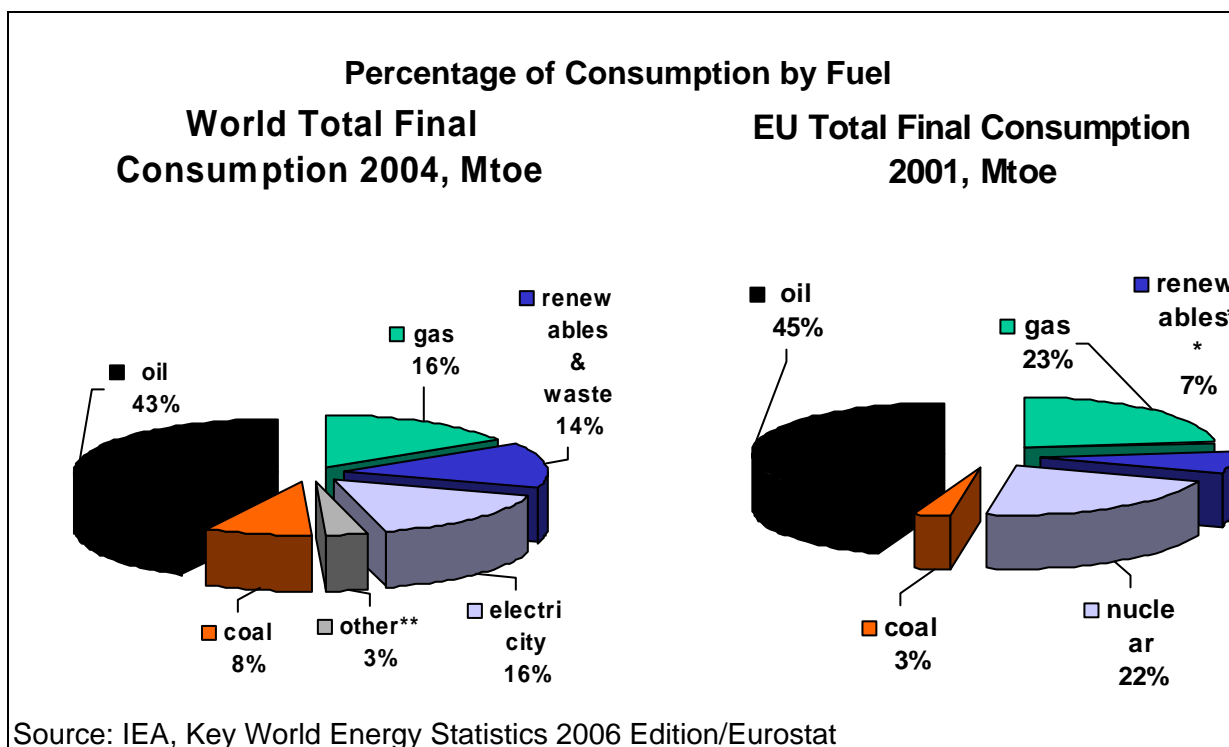
während andere, vor allem Vertreter der Erdölindustrie, ein auf Beruhigung abzielendes Bild der Erdölreserven entwerfen; weist ferner darauf hin, dass die Einschätzungen über künftige Verknappungen die langfristigen Marktpreise beeinflussen;

3. stellt fest, dass es zunehmend schwieriger wird, neue Erdölquellen zu erschließen und dass jedes neue Barrel Erdöl in Bezug auf Erschließung und Produktion teurer wird; stellt ferner fest, dass umfangreiche Investitionen im Erdölsektor notwendig sind, um die Produktions- und Raffineriekapazitäten auszubauen und damit der zunehmenden Nachfrage Herr zu werden;
4. stellt fest, dass es aufgrund des raschen Anstiegs der Erdölnachfrage in Drittländern, insbesondere in Ländern, die nicht Mitglied der OECD sind, zu einer zunehmenden Nachfrage dieser Länder kommen wird, die um jenes Erdöl anstehen werden, das von den Mitgliedstaaten der Union benötigt wird;
5. betont die Bedeutung von Erdöl für die Wirtschaft der Union und betrachtet das Ausmaß der Abhängigkeit von Erdöl und eingeführtem Erdöl als in hohem Maße besorgniserregend, vor allem im Hinblick auf die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Verringerung der Abhängigkeit seit Mitte der 1970er Jahre und der offensichtlich unvermeidlichen Zunahme des Verbrauchs im Verkehrsbereich; stellt ferner fest, dass der Verkehrsbereich nahezu vollständig von Erdöl abhängig ist (98 %) und 70 % des Erdölverbrauchs in der EU beansprucht und dass der Erdölverbrauch dieses Sektors auch in Zukunft weiter ansteigen wird;
6. stellt fest, dass es nach wie vor europäische Erdölquellen gibt; vertritt die Auffassung, dass eine maximale Ausweitung der Nutzung einheimischer Quellen als wichtiges (wenn auch zeitlich befristetes) Mittel zur Behebung des Rückgangs der Erdölimporte nach Europa betrachtet werden sollte;
7. betont, dass strukturbedingte hohe Erdölpreise in jenen EU-Mitgliedstaaten, die in hohem Maße von Erdöl abhängig sind, insgesamt zu einem Rückgang der Wirtschaft führen; erinnert daran, dass diese Tendenz zu einem weiteren Aufwärtsdruck bei den Zinsen führen wird, die ihrerseits die Errungenschaften der Lissabon-Strategie in Gefahr bringen werden; betont deshalb, dass die negativen makroökonomischen Auswirkungen der Steigerungen der Erdölpreise eine Umstellung auf alternative Energiequellen und die Entwicklung energiesparender Technologien und erneuerbarer Energiequellen umso dringlicher werden lassen;
8. vertritt die Auffassung, dass alle Maßnahmen der Union zur Verringerung ihrer Abhängigkeit von Erdölimporten den Klimawandel berücksichtigen müssen; betont in diesem Zusammenhang, dass der Stern-Überprüfungsbericht über den Klimawandel bekräftigt, dass das „Energiepaket“ der EU ein Schlüsselement bei der Bekämpfung des Klimawandels sein wird, und betont ferner, dass die EU erhebliche wirtschaftliche Vorteile erzielen kann, wenn sie bei der Bekämpfung des Klimawandels die Führung übernimmt;
9. betont, dass eine Verbesserung der Energiesicherheit der EU und eine Verringerung ihrer Anfälligkeit gegenüber hohen Erdölpreisen und Versorgungsengpässen erfordern, dass einer Ausweitung und Diversifizierung der Erdölversorgung, einer Verbesserung der Effizienz, einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen insbesondere in den

Bereichen Verkehr und Heizung, und der Erforschung und Entwicklung alternativer Brennstoffe und Technologien besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird;

10. fordert eine umfassende Strategie der Union zum allmählichen Abbau fossiler Brennstoffe im Verkehrsbereich, was zu einer allmählichen Verringerung der Abhängigkeit der Union von Erdöl und zu einem allmählichen Einsatz sauberer Energien im Verkehrswesen führen könnte;
11. vertritt die Überzeugung, dass die Kraftstoffversorgung durch eine Unterstützung der Produktion unkonventioneller Ölkraftstoffe und flüssiger Kraftstoffe auf der Grundlage von Naturgas oder Kohle ausgeweitet werden könnte, sofern dies wirtschaftlich vertretbar ist; unterstützt die Entwicklung und Produktion alternativer Kraftstoffe wie Biokraftstoff, Elektrofahrzeuge mit Brennstoffzellen und Hybridfahrzeuge; unterstützt ferner die Bemühungen zur Suche nach innovativen Lösungen für die Organisation des Verkehrswesens insgesamt, einschließlich Maßnahmen zur Fahrzeugenergieeffizienz;
12. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Nachfrage nach Erdöl nicht nur im Energiesektor zunimmt, sondern auch in anderen Sektoren wie etwa der petrochemischen Industrie; vertritt die Auffassung, dass Erdöl nicht zur Krafterzeugung eingesetzt werden sollte;
13. weist darauf hin, dass eine wöchentliche Veröffentlichung (auf der Grundlage öffentlicher Informationen wie in den Vereinigten Staaten) der europäischen Reserven an Erdöl und Erdölprodukten sowie der Einfuhren und Ausfuhren, und zwar nach Produktarten (Rohöl, Benzin, Diesel, Heizöl usw.), es erlauben würde, die Spannungen auf dem Weltmarkt besser zu verstehen, daraus einen sichtbaren europäischen Verbrauch abzuleiten, den reflexhaften Zugriff der Marktopérateure auf die amerikanischen Reserven abzuschwächen, und damit dazu beitragen würde, die Volatilität der Erdölpreise zu verringern.

## Background materials

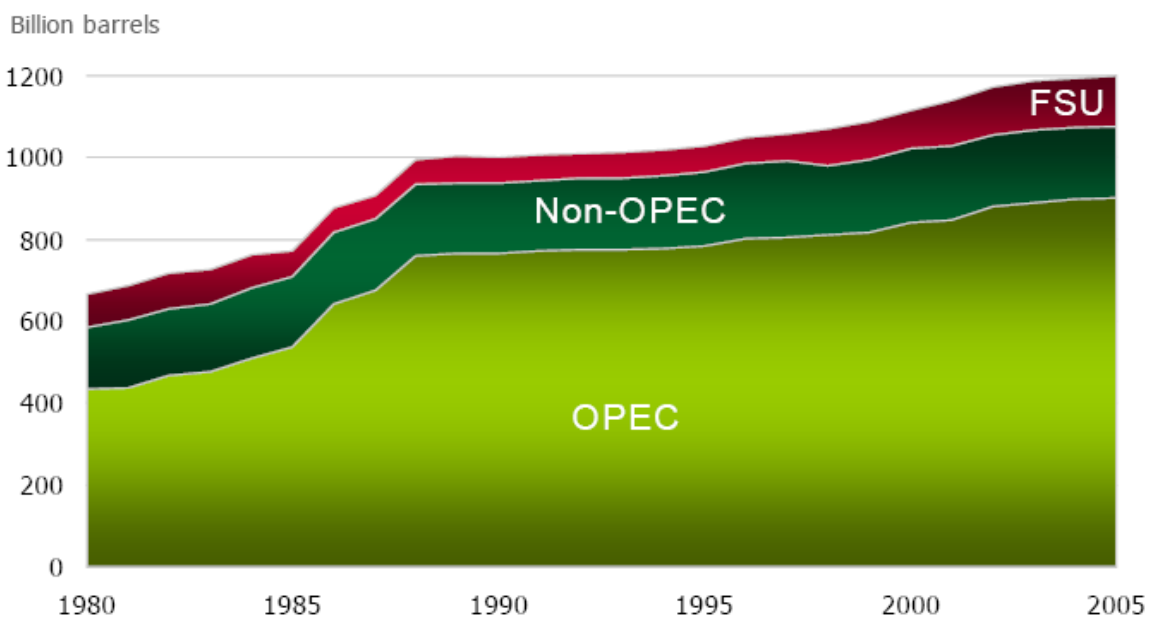


## World Oil Producers and Importers

WORLD OIL PRODUCERS 2005			WORLD OIL IMPORTERS 2004		
	Mt	% world total		Mt	% world total
<b>Saudi Arabia</b>	519	13,20%	<b>United States</b>	577	25,8%
<b>Russia</b>	470	12,00%	<b>Japan</b>	206	9,2%
<b>United States</b>	307	7,80%	<b>China</b>	123	5,5%
<b>Iran</b>	205	5,20%	<b>Korea</b>	114	5,1%
<b>Mexico</b>	188	4,80%	<b>Germany</b>	110	4,9%
<b>China</b>	183	4,70%	<b>India</b>	96	4,3%
<b>Venezuela</b>	162	4,10%	<b>Italy</b>	93	4,2%
<b>Canada</b>	143	3,60%	<b>France</b>	85	3,8%
<b>Norway</b>	139	3,50%	<b>UK</b>	63	2,8%
<b>Nigeria</b>	133	3,40%	<b>Netherlands</b>	60	2,7%
<b>Rest of World</b>	1474	37,70%	<b>Rest of World</b>	708	31,7%
<b>World</b>	<b>3923</b>	<b>100%</b>	<b>World</b>	<b>2235</b>	<b>100,0%</b>

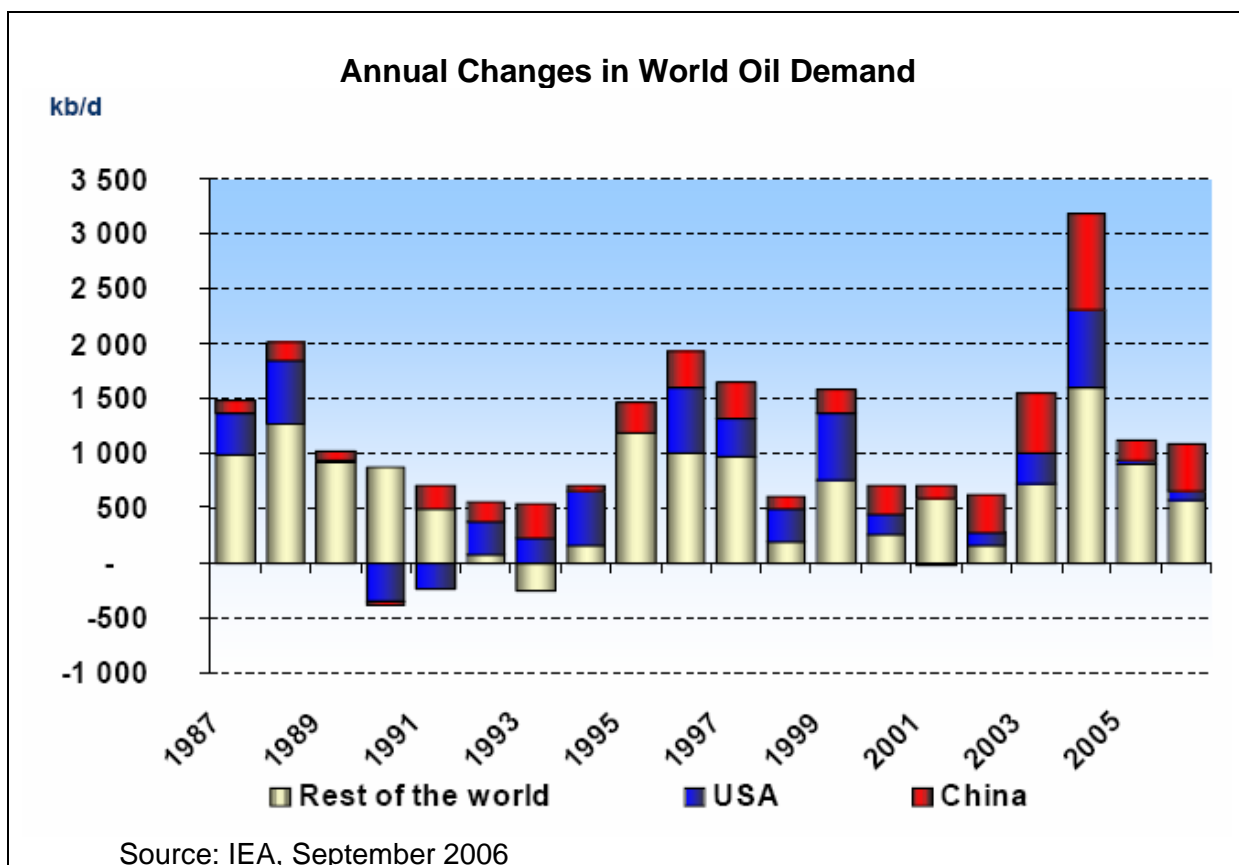
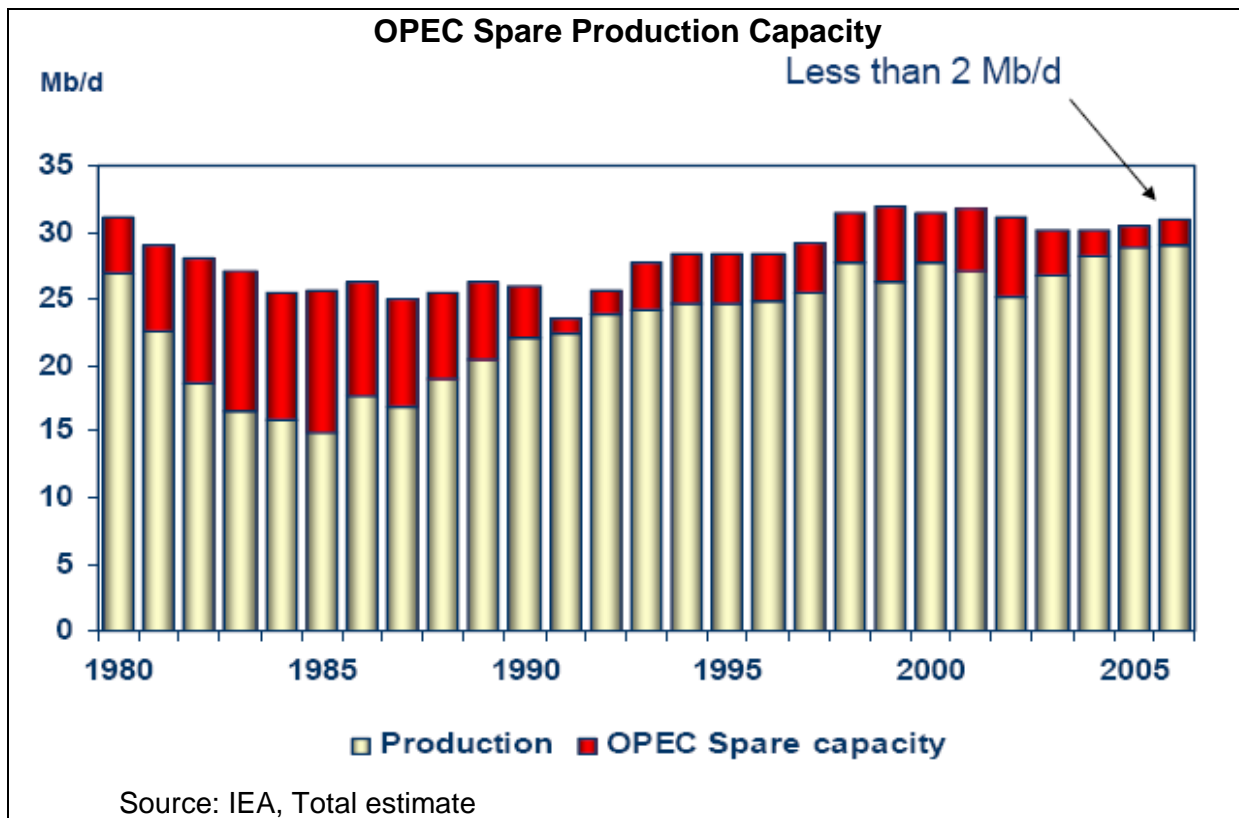
Source: IEA, Key World Energy Statistics 2006 Edition

## World Oil Reserves

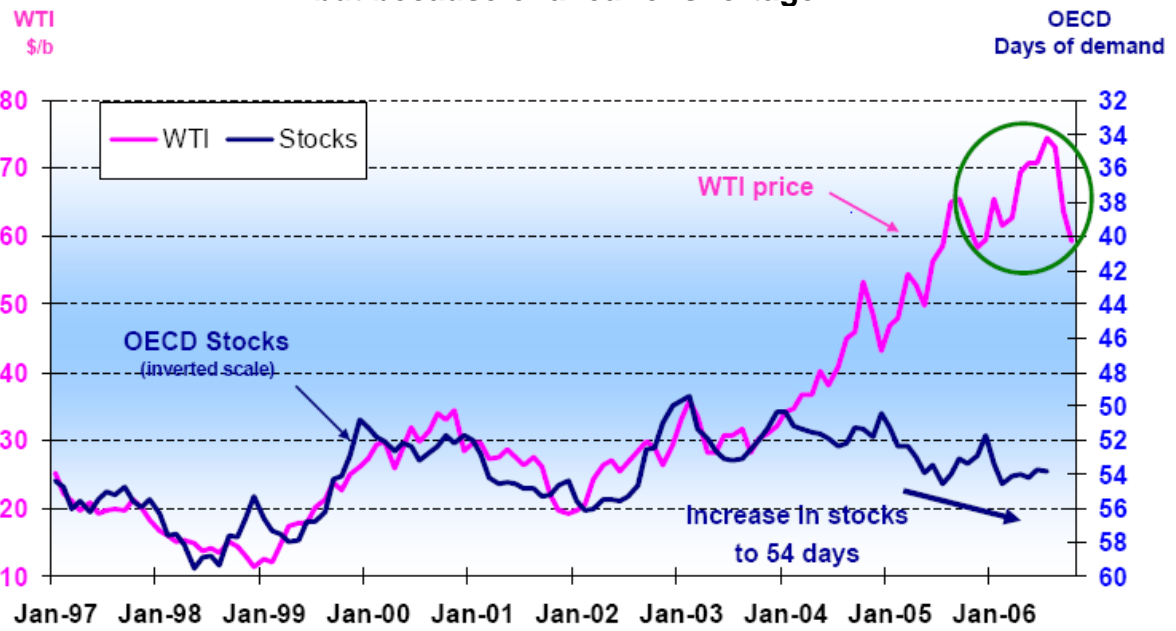


Source: BP Statistical Review of World Energy June 2006

(© BP 2006)

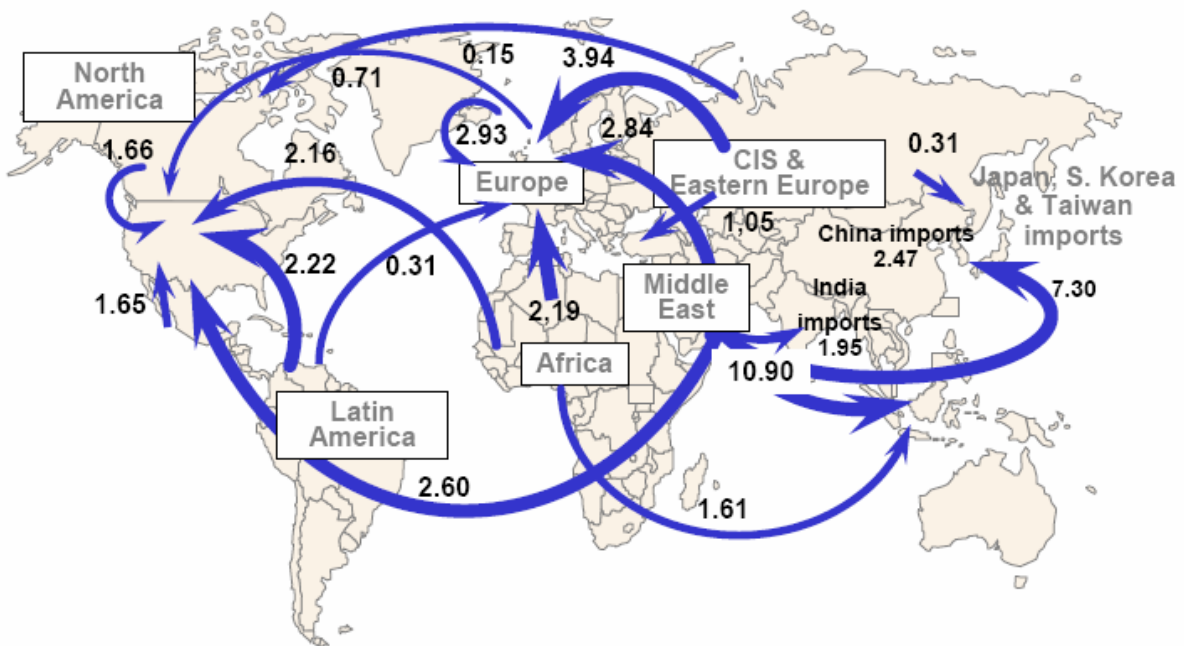


**Oil prices are high not because of shortage,  
but because of a fear of shortage**



Source: IEA, September 2006

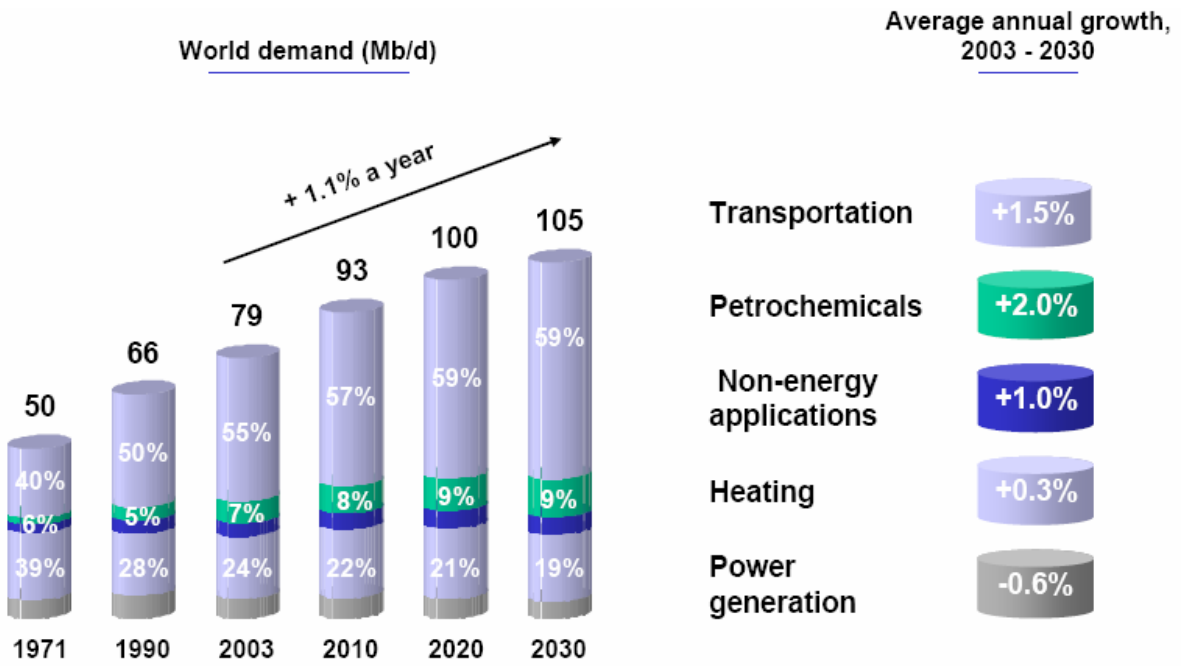
**The Global Oil Market in 2005**



**Inter-regional crude oil flows: 35 Mb/d**  
(Mb/d: Millions of barrels per day)

Source: IEA, Total 2006

**Demand will be focused on transportation and petrochemicals because of high oil prices**



Source: IEA, World Energy Outlook 2005

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Makroökonomische Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise		
<b>Verfahrensnummer</b>	2006/2247(INI)		
<b>Federführender Ausschuss</b>	ECON		
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	ITRE	26.10.2006	
<b>Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum</b>	26.10.2006		
<b>Verfasser(in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Giles Chichester 12.9.2006		
<b>Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:</b>			
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	20.3.2006	22.11.2006	11.12.2006
<b>Datum der Annahme</b>	11.12.2006		
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 21	-: 1	
	0: 0		
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Jan Březina, Jorgo Chatzimarkakis, Giles Chichester, András Gyürk, Fiona Hall, Erna Hennicot-Schoepges, Ján Hudacký, Romana Jordan Cizelj, Pia Elda Locatelli, Angelika Niebler, Reino Paasilinna, Aldo Patriciello, Herbert Reul, Catherine Trautmann, Nikolaos Vakalis		
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Etelka Barsi-Pataky, Zdzisław Kazimierz Chmielewski, Vittorio Prodi, Lambert van Nistelrooij		
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Sharon Bowles, , Bill Newton Dunn,, Sepp Kusstatscher		
<b>Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)</b>			

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Makroökonomische Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise		
<b>Verfahrensnummer</b>	2006/2247(INI)		
<b>Federführender Ausschuss</b> Datum der Bekanntgabe der Genehmigung im Plenum	ECON 26.10.2006		
<b>Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	ITRE 26.10.2006	INTA 26.10.2006	
<b>Nicht abgegebene Stellungnahme(n)</b> Datum des Beschlusses			
<b>Verstärkte Zusammenarbeit</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	INTA 26.10.2006		
<b>Berichterstatter(in/innen)</b> Datum der Benennung	Manuel António dos Santos 15.11.2005		
<b>Ersetzte(r) Berichterstatter(in/innen)</b>			
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	23.1.2006	20.3.2006	28.11.2006
<b>Datum der Annahme</b>	20.12.2006		
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: -: 0:	34 0 1	
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Zsolt László Becsey, Pervenche Berès, Sharon Bowles, Udo Bullmann, Elisa Ferreira, Jean-Paul Gauzès, Donata Gottardi, Sophia in 't Veld, Wolf Klinz, Andrea Losco, Astrid Lulling, Cristobal Montoro Romero, Joseph Muscat, John Purvis, Alexander Radwan, Bernhard Rapkay, Dariusz Rosati, Eoin Ryan, Antolín Sánchez Presedo, Manuel António dos Santos, Olle Schmidt, Margarita Starkevičiūtė, Sahra Wagenknecht, Lars Wohlin		
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende(r) Stellvertreter(in/innen)</b>	Valdis Dombrovskis, Harald Ettl, Syed Kamall, Werner Langen, Klaus-Heiner Lehne, Alain Lipietz, Jules Maaten, Vladimír Maňka, Thomas Mann, Corien Wortmann-Kool		
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende(r) Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Reinhard Rack		
<b>Datum der Einreichung</b>	5.1.2007		
<b>Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)</b>	...		